



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel

Sozialer Dialog, Arbeitsbeziehungen

SEKTORALER SOZIALER DIALOG (SSD)

IM GASTGEWERBE

Voll Sitzung

1. Dezember 2009

Zusammenfassung der getroffenen Entscheidungen

Teilnehmerliste:

Für EFFAT:

Kerstin Howald
Rudolf Komaromy
Jozsef Mosonyi
Zsuzsanna Varnai
Maria Bogdanne Nanai
Vera Krifaton
Pál Kovács
Katalin Kövágone Grubits
Lucia Anile
Emilio Fagnoli
Fernando Medina
Sirpa Leppakangas
Aage Jensen
Michel Légalité
Marco Demurtas
Elke Libbrecht

Für HOTREC:

Marguerite Sequaris
Martin Couchman
Aki Raudas
Susanne Svärd Elfström
Emilio Gallego Zuazo
Alessandro Nucara
Lajos Bököcz
István Kovács
Edina Törö
George Schembri
Jean-Marc Banquet d'Orx
Thomas Wolf
Isabel Sobrino Maté

Für die Kommission:

Marina Patriarka, EUROFOUND
Radoslaw Owczarzak, EUROFOUND
Renate Penitz, GD ENTR
Jean-François Lebrun, GD EMPL
Elisabeth Aufheimer, GD EMPL (Vorsitz)

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Sie verliest die Tagesordnung, die dahingehend geändert wird, dass Tagesordnungspunkt 4 dem Punkt 3, Tagesordnungspunkt 6 dem Punkt 5 und Tagesordnungspunkt 11 dem Punkt 7 vorgezogen werden.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten SSD-Vollsitzung vom 15. Juni 2009

Das Protokoll wird genehmigt.

4. Nicht angemeldete Erwerbstätigkeit/Illegale Arbeitspraktiken

- Bericht von EUROFOUND zum Thema „Measures to tackle undeclared work in the European Union“ (Maßnahmen zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in der Europäischen Union)
- Entwurf der gemeinsamen Erklärung

Herr Owczarzak (EUROFOUND) stellt den Bericht von EUROFOUND zum Thema „Measures to tackle undeclared work in the European Union“ vor.

Die Präsentation kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091201_plenartagung/20091201_presentation/ EN 1.0 &a=d

EFFAT und HOTREC danken Herrn Owczarzak für die Vorstellung dieses interessanten Berichts. EFFAT und HOTREC erörtern derzeit einen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zum Thema nicht angemeldete Erwerbstätigkeit und werden auf EUROFOUND zurückkommen, sobald sie mehr Informationen benötigen. Außerdem werden sie in Betracht ziehen, Beiträge zur „Wissensdatenbank“ zum Thema nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zu leisten.

In Bezug auf den Änderungsentwurf von HOTREC zum Entwurf einer gemeinsamen Erklärung von EFFAT/HOTREC zum Thema nicht angemeldete Erwerbstätigkeit im europäischen Hotel- und Gaststättengewerbe (in den Unterlagen enthalten) begrüßt Frau Howald (EFFAT) die diesbezüglich erzielten Fortschritte. Sie führt aus, dass für den Fall, dass EFFAT und HOTREC sich darauf verständigen sollten, die Mitteilung der Kommission und die Entschließung des Parlaments „Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit verstärken“ in ihrer gemeinsamen Erklärung zu zitieren, die darin aufgegriffenen Punkte ausgewogener dargestellt werden sollten und die Erklärung sich beispielsweise auch auf die Einbindung der Sozialpartner und auf die Notwendigkeit einer wirksamen Überwachung, Kontrolle sowie effizienter Sanktionen beziehen sollte.

Herr Fagnoli (EFFAT) weist darauf hin, dass auch der Absatz in der Entschließung des Europäischen Parlaments, der sich auf den „Ausschluss von Unternehmen, die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit nutzen, von öffentlichen Auftragsvergaben“ bezieht, in die gemeinsame Erklärung mit aufgenommen werden sollte. Er hebt hervor, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein gemeinsames Interesse an der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit hätten, da ein lauterer Wettbewerb und angemessene Arbeitsbedingungen beiden zum Vorteil gereichten. Er schlägt vor, die Initiative von EUROFOUND zu nutzen und auf der Jahresvollversammlung Berichte zur Lage vorzusehen.

Herr Couchman (HOTREC) weist darauf hin, dass dem Bericht von EUROFOUND zum Thema „Measures to tackle undeclared work“ zufolge „keinesfalls eindeutige Belege“ dafür vorlägen, dass „Strafen eine wirksame Möglichkeit zum Abbau von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit“ seien, und dass „eine Verschärfung der Strafen zu einer noch ausgeprägteren Nichteinhaltung der Vorschriften führen könne“. Er erinnert die EFFAT-Vertreter außerdem daran, dass in der gemeinsamen Erklärung ein ausgewogenes Gleichgewicht angestrebt und sensible und wirksame Maßnahmen eingefordert werden müssten. Außerdem weist er darauf hin, dass der Entwurf der gemeinsamen Erklärung der Generalversammlung von HOTREC zur Genehmigung vorgelegt werden müsse.

Es wird vereinbart, dass dieses Thema weiterhin zwischen den Sekretariaten sowie im Lenkungsausschuss behandelt werden soll.

3. Europäischer Kompetenzpass

- Bericht über die Arbeit des externen Sachverständigen und des Lenkungsausschusses des Projekts
- Aktueller Stand

Frau Howald (EFFAT) berichtet über die aktuelle Situation. Mit der technischen Vorbereitung der Umsetzung des Europäischen Kompetenzpasses für das Gastgewerbe seien ungarische Experten betraut worden, und der Lenkungsausschuss des Projekts, der den Auftragnehmer berate, setze sich aus Vertretern der Länder zusammen, die Interesse an einer Mitwirkung an der Erprobungsphase bekundet hätten (Italien, Spanien, Malta, Ungarn und Irland). Die Hauptaufgabe laute, die Liste der Qualifikationen zu vervollständigen. Es hätten bereits zwei Sitzungen stattgefunden, und zwar im September und im November 2009; eine dritte Sitzung sei für Februar 2010 geplant, und die Abschlusskonferenz sowie die Präsentation der Ergebnisse sollten im April oder Mai 2010 stattfinden.

Herr Gallego Zuazo (HOTREC) stellt das spanische Modell vor:

Die Präsentation kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=horeca/2009/20091201_plenartagung/20091201_presentation_1/ EN 1.0 &a=d

Herr Nucara (HOTREC) dankt ihm für diese Information und weist darauf hin, dass die Aufgabe nicht darin bestehen sollte, ein gemeinsames System einer Systematik beruflicher Tätigkeiten zu entwickeln. Frau Howald (EFFAT) erinnert an die bereits früher getroffene Vereinbarung, wonach sich die Liste der Qualifikationen nicht auf klar beschriebene Berufe, sondern auf Dienstleistungsbereiche im Gastgewerbe beziehen sollte.

6. Branchenbeiräte für Kompetenzen

- Aktueller Stand
- Erhebungen von ECORYS
- Umstrukturierungsforum „Neue Kompetenzen für neue Arbeitsplätze in bestimmten Branchen“, 7. und 8. Dezember 2009 in Brüssel

Herr Lebrun (Europäische Kommission, Referat F3) gibt einen Überblick über die Arbeiten zum Thema „Branchenbeiräte für Kompetenzen“. Dabei geht es darum, ein Netzwerk von Beobachtungsstellen für bestimmte Branchen im Bereich Beschäftigung und Kompetenzen auf nationaler Ebene aufzubauen. Das Referat F3 der GD EMPL hat für 18 Sektoren prospektive Studien auf Sektorebene zu den Themen Beschäftigung und Qualifikationen durchgeführt. Die Ergebnisse sollen am 7. und 8. Dezember 2009 vorgestellt werden.

ECORYS hat eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, bei der geprüft werden sollte, wie der Austausch zwischen den bereits vorhandenen nationalen Einrichtungen gestärkt werden könnte. Dabei wurden zwei Fragen untersucht:

- a) Erhebung all dessen, was auf nationaler Ebene bereits vorhanden ist (Beobachtungsstellen, andere nationale Einrichtungen)
- b) Analyse der Ergebnisse.

Die Ergebnisse dieser Studie sollen ebenfalls auf der Konferenz am 7. und 8. Dezember 2009 vorgestellt werden.

Die Sozialpartner müssen bei diesem Konzept eine wichtige Rolle übernehmen. Wenn Stellen eingerichtet werden müssen, dann wird dies nur auf Wunsch der Sozialpartner geschehen. Der Plan lautet, keinen europäischen „Überbau“ zu schaffen; die Idee besteht vielmehr darin, nationale Beobachtungsstellen zu vernetzen, um Informationen auszutauschen und die wichtigsten Entwicklungstrends in Bezug auf Arbeitsplätze und Qualifikationen in den Mitgliedstaaten zu analysieren.

Die nationalen Behörden können von diesem Austausch profitieren, ebenso die Sozialpartner. Die Europäische Kommission wird mit den Sozialpartnern darüber sprechen, wie diese Instrumente genutzt und in den sozialen Dialog eingebaut werden können. Es handelt sich um ein Werkzeug, das den Sozialdialog fördern, nicht jedoch ersetzen soll. Es stehen auch finanzielle Fördermittel bereit, die aus den Haushaltstiteln der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt werden könnten.

EFFAT und HOTREC weisen darauf hin, dass es in Bezug auf diese Branchenbeiräte wahrscheinlich einen Mangel an Kommunikation gegeben habe; so bestehe die Befürchtung, dass sich diese Beiräte mit Fragen befassen könnten, die von den Sozialpartnern bereits thematisiert würden. Die Sozialpartner erklären sich mit der Idee einverstanden, dass die Branchenbeiräte für Kompetenzen keine zweite Struktur zusätzlich zu dem sozialen Dialog darstellen sollten. Es könnten Synergien mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) genutzt werden.

Frau Howald (EFFAT) berichtet, dass der Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog im Gastgewerbe bereits damit begonnen habe, Informationen über bestehende nationale Einrichtungen auszutauschen, z. B. über die gemeinsame italienische Beobachtungsstelle.

Die EFFAT-Vertreter äußern sich auch enttäuscht darüber, dass die „Umfassende Sektoranalyse der neuen Kompetenzen und der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Europäischen Union“ nicht für die gesamte Tourismusbranche durchgeführt werden könne, wie es ursprünglich von der Kommission geplant worden sei.

Sie danken Herrn Lebrun, dass er die Dinge mit seiner Präsentation geklärt hat.

Herr Lebrun (Europäische Kommission) entschuldigt sich für das Kommunikationsdefizit und hebt die Zusammenarbeit mit der GD EAC und mit dem Cedefop hervor.

5. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Gastgewerbe

- Diskussion über Maßnahmen, die auf nationaler, regionaler oder Unternehmensebene getroffen wurden

Frau Sequaris (HOTREC) stellt das Thema „Mehrwertsteuer und das Gastgewerbe – aktuelle und künftige Entwicklungen in den Mitgliedstaaten“ in einer Präsentation vor.

Die Präsentation kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091201_plenartagung/20091201_presentation_2/ EN 1.0 &a=d

Herr Légalité (EFFAT) verweist nachdrücklich darauf, dass die Mehrwertsteuerreduzierung in Frankreich weder den Verbrauchern noch den Arbeitnehmern zugute gekommen sei. Herr Medina (EFFAT) kann keinerlei Auswirkungen auf die Beschäftigung erkennen und möchte wissen, ob und wie eine Mehrwertsteuerreduzierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beitragen könnte.

Herr Banquet d'Orx (HOTREC) verweist auf die derzeitige Situation in Frankreich und macht darauf aufmerksam, dass die Mehrwertsteuerreduzierung nur im Gastgewerbe Anwendung finde, jedoch nicht für alkoholische Getränke gelte. Einige Unternehmen hätten nur aufgrund der Mehrwertsteuerreduzierung überleben können, und im Hinblick auf das Ziel, 40 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, fügt er hinzu, dass dieses Versprechen abgegeben worden sei, bevor die Wirtschaftskrise ausgebrochen sei.

Herr Bököcz (HOTREC) erklärt eine Reihe bewährter Verfahren aus Ungarn zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Anfang 2009 seien Informationen in Bezug auf mögliche Maßnahmen der Kommunalverwaltungen und europäischer Quellen für den Erhalt von Arbeitsplätzen verbreitet worden. Um panikartige Reaktionen zu vermeiden, hätten sich die Sozialpartner auf Vorgehensweisen in zwei Richtungen verständigt, nämlich die Frage, wie der

Umsatzeinbruch verlangsamt werden könnte, und wie die Kosten auf vernünftige Art und Weise im Hinblick auf Energie, ein neues Arbeitszeitmanagement sowie andere Kostenpositionen gesenkt werden könnten.

Herr Fagnoli (EFFAT) unterstreicht, dass eine Mehrwertsteuerreduzierung dazu beitragen müsse, die Menschen in Beschäftigung zu halten. Eine weitere Möglichkeit, durch die Stimulierung des Verbrauchs eine positive Spirale auszulösen, sei die Senkung der Lohnnebenkosten. **Seines Erachtens können sich übermäßige Steuerbelastungen negativ auf den Sektor auswirken.**

11. Aktuelle Entwicklungen im Bereich Tourismus

- Neuigkeiten zum aktuellen Stand durch die Kommission

Frau Penitz (GD ENTR) erklärt, dass das Referat Tourismus der GD Unternehmen mehrere Initiativen in Bezug auf den Wirtschaftsabschwung ins Leben gerufen habe:

- Zwei Eurobarometer-Erhebungen
- Studie über die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusindustrie in der EU: die kommentierte Zusammenfassung dieser Studie sei auch in französischer, deutscher, italienischer und spanischer Sprache erhältlich unter:

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/newsbytheme.cfm?displayType=library&tpa_id=136&lang=de

Eine weitere Eurobarometer-Erhebung solle im Januar oder Februar 2010 durchgeführt werden, um einen Vergleich mit der vorangegangenen Eurobarometer-Umfrage (vom Winter) anzustellen.

EFFAT und HOTREC vereinbaren, sich aufgrund der Ergebnisse der Studie über die Wettbewerbsfähigkeit mit einer Reihe von gemeinsamen Vorschlägen an den neuen Kommissar zu wenden.

7. Sachverständigenausschuss „Entsendung von Arbeitnehmern“

- Bericht über die Sitzung vom 30. Oktober 2009

Frau Howald (EFFAT) berichtet kurz über die letzte Sitzung des Sachverständigenausschusses, die hauptsächlich technischer Natur gewesen sei. Die Botschaft der Kommission laute, dass es keinen Plan für eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie als solche gäbe, sondern dass möglicherweise nur vorgesehen sei, einen gesonderten Rechtsakt, etwa eine Verordnung, hinzuzufügen. Derzeit seien zwei Projekte im Gange:

- 1) Bewertung von Problemen bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht in den Mitgliedstaaten
- 2) Prüfung von Aspekten in Verbindung mit Tarifverhandlungen angesichts einiger Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs aus der letzten Zeit.

Der spanische EU-Ratsvorsitz plane eine Konferenz zum Thema Entsendung von Arbeitnehmern (April 2010) mit dem Ziel, ein Bestandsverzeichnis aller bestehenden Probleme zu erstellen.

8. Gewalt am Arbeitsplatz durch Dritte

- Aktueller Stand

Frau Howald (EFFAT) berichtet über die aktuelle Situation. Es gebe ein europäisches Rahmenabkommen über Mobbing, Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz. Eine Reihe von Sektoren (Handel, private Sicherheitsdienste, Krankenhäuser, Kommunal- und Regionalregierung) hätten beschlossen, sich mit dem Thema Gewalt am Arbeitsplatz durch Dritte eingehender zu befassen.

Im Oktober hätten zwei Konferenzen stattgefunden. Derzeit arbeiteten die Sozialpartner der genannten Sektoren am Entwurf eines gemeinsamen Dokuments über Zusagen, sich künftig gemeinsam mit diesem Thema zu befassen.

Eine weitere Sitzung werde am 13. oder 14. Januar stattfinden; HOTREC und EFFAT würden dazu eingeladen.

Herr Komaromy (EFFAT) berichtet über die Aktivitäten, die in Österreich zu diesem Thema stattgefunden haben, z. B. eine Studie, die bei 60 Unternehmen durchgeführt worden sei und gezeigt habe, dass viele Zwischenfälle dieser Art im Gastgewerbe stattfänden, bei denen Arbeitgeber ebenso angegriffen würden wie Arbeitnehmer, ferner eine große Konferenz, an der der Minister für Soziale Angelegenheiten teilgenommen habe, sowie eine Pressekonferenz, die von der Dienstleistungsgewerkschaft VIDA ausgerichtet worden sei.

9. Bewertung des europäischen sozialen Dialogs

- Konsultation der Sozialpartner zur Bewertung der Umsetzung durch die Kommission
- Mitteilung und Beschluss vom 20. Mai 1998 – Neuigkeiten zum aktuellen Stand durch die Kommission

Frau Aufheimer (GD EMPL) erklärt, dass die Annahme der neuen Mitteilung auf das Frühjahr 2010 vertagt worden sei.

10. Legislative Entwicklungen im sozialen Bereich, Neuigkeiten zum aktuellen Stand durch die Kommission

Frau Aufheimer berichtet kurz über die neue Kommission und stellt die Vita von Herrn László Andor, den neuen Kommissar für Beschäftigung und Soziales, vor. Kommissarin Viviane Reding sei für das Thema Chancengleichheit zuständig.

Mit dem neuen Lissabon-Vertrag, der ab heute umgesetzt werde, werde die Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs gestärkt.

12. Verschiedenes:

13. Nächste Sitzungen 2010:

Lenkungsausschuss: 26. Februar 2010
7. Mai 2010
10. September 2010
12. November 2010

Vollsitzung: 3. Dezember 2010

Konferenz zum

Europäischen
„Kompetenzpass“ April oder Mai 2010